

Spitzensteuerzahler vertreiben heisst: Bundessteuern um 50 bis 70% erhöhen



*Von Nationalrat Hans Kaufmann
Wirtschaftsberater, Wettswil*

Die direkten Bundessteuern werden grossmehrheitlich von relativ wenigen natürlichen und juristischen Personen bezahlt. Die letzte detaillierte Statistik basiert auf den Daten der Jahre 2003 (natürliche) und 2002 (juristische Personen). Sie zeigt, dass die 6,1 Mrd. Franken Steuerertrag der natürlichen Personen rund 12,7% der Bundeseinnahmen ausmachen, die 4,3 Mrd. der juristischen Personen rund 9%.

8% der Steuerpflichtigen zahlen 69% der direkten Bundessteuern

Fast 69% der direkten Bundessteuern der natürlichen Personen werden von nur 8,6% der Steuerpflichtigen bezahlt. Die nächsten 32,3% der Steuerpflichtigen, der Mittelstand, bezahlt 24,7%. Am unteren Ende der Rangliste sind 27,6% der Steuerpflichtigen anzutreffen, die zusammen nur 0,4% zum Steueraufkommen beisteuern. Diesem Steuersystem liegt der Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zugrunde. Würde auch nur die Hälfte

der 8,6% Spitzensteuerzahler unser Land verlassen, dann fehlten 2,1 Mrd. Franken in der Bundeskasse. Um dieses Steuerloch zu stopfen, müsste die Steuerbelastung der übrigen Steuerzahler um 53% erhöht werden. Die unterste Steuerkategorie würde davon kaum betroffen. Die Zeche hätte der Mittelstand zu bezahlen.

2% der steuerpflichtigen Unternehmen zahlen 87%

Noch extremer präsentiert sich die Situation bei den juristischen Personen. Die Top-2,2% der steuerpflichtigen Unternehmen berappen 87,6% der direkten Bundessteuern. Die mittelgrossen Steuerzahler, die 41,6% der Unternehmen repräsentieren, bezahlen den Rest. 56,2% aller Unternehmen, d.h. mehr als die Hälfte, verdiente 2002 zu wenig oder verbuchte Verluste und bezahlte deshalb keine Steuern. Diese noch einseitigere Verteilung der Steuerlast bei den juristischen Personen würde bei einem Wegzug der Hälfte der obersten Steuerklasse, d.h. von 1,1% der Unternehmen, einen Steuerausfall von 1,9 Mrd. Franken bedeuten. Um diesen Fehlbetrag aus den verbleibenden Unternehmen herauszupressen, müssten deren Steuern um 70% erhöht werden.

Das Jahr 2002 wurde teilweise von der Krise an den Finanzmärkten überschattet, weshalb das Steueraufkommen der juristischen Personen eher gering ausfiel. Seit 2002 haben die direkten Bundessteuereinnahmen bis 2006 um 26% auf 14,2 Mrd. Franken zugenommen, wobei die natürlichen Personen rund 8,0 Mrd., die juristischen 6,3 Mrd. ablieferten. Die Steuereinbussen im Falle eines Wegzugs betuchter Firmen oder Einzelpersonen wären deshalb heute wesentlich höher.

Diese Zahlen sollten sich vor allem jene Leute merken, die immer wieder

die guten Steuerzahler unseres Landes attackieren. Selbstverständlich kann man mit Forderungen nach noch mehr «Steuergerechtigkeit» – gemeint ist eine noch stärkere progressive Belastung – diese Top-Verdiener noch mehr melken, aber dann muss man sich auch nicht wundern, wenn diese eines Tages unser Land verlassen, denn im Ausland verbessert sich die Steuersituation vor allem für Unternehmen wesentlich schneller als in der Schweiz. So sind die Unternehmensgewinnsätze in 16 untersuchten OECD-Ländern in den Jahren 1993 bis 2007 um 11 Prozentpunkte von 38 auf 27% gesenkt worden.

Wie wäre es mit einem «Dankeschön?»

Um die entstehenden Finanzlöcher bei einem Abzug der Topverdiener bzw. Spitzensteuerzahler zu kompensieren, müssten die direkten Bundessteuern für die übrigen natürlichen Personen in der Schweiz um mehr als 50%, für die juristischen Personen um rund 70% angehoben werden. Solche steuerpolitischen Kraftakte würden weitere Steuerzahler vertreiben oder zur Steuerhinterziehung animieren und damit einen Teufelskreis einleiten. Höhere Steuern bedeuten weniger konkurrenzfähige Unternehmen, was letztlich auf Kosten der Arbeitsplätze in der Schweiz gehen würde. Weniger Lohnbezüger bedeutet weniger Konsum und möglicherweise zusätzliche Abgaben für die Arbeitslosenversicherung. In jedem Falle würden per saldo für den Staat und die Sozialwerke geringere Einnahmen resultieren. Wollte man Defizite und einen Schuldenberg vermeiden, müssten die Steuern weiter erhöht werden etc. Statt ständig die guten Steuerzahler zu verteuern, wäre es deshalb an der Zeit, einmal ein grosses «Dankeschön» an all jene auszusprechen, die die finanzielle Hauptlast unseres Staates tragen. ●